

Dringliche Anfrage

Fraktion der Grünen

Hannover, den 19. 11. 1982

Betr.: Kohlekraftwerk Buschhaus

Der Bau des ohne Entschwefelungsaufgaben genehmigten, andererseits aber mit dem höchsten Schornstein der Bundesrepublik geplanten Kohlekraftwerks Buschhaus der Braunschweiger Kohlenbergwerke AG (BKB) gibt der umwohnenden Bevölkerung Anlaß zur Sorge. Mit Buschhaus soll 1984 ein neues Kraftwerk ans Netz gehen, das mit jährlich 115 000 t Schwefeldioxid-Ausstoß der größte SO₂-Emittent der Bundesrepublik Deutschland und damit das schmutzigste bundesdeutsche Kohlekraftwerk sein wird: bei einem Anteil von nur 0,4 % an der bundesweiten Stromerzeugung wird es gleichzeitig 6 % der gesamten Schwefeldioxid-Emissionen verursachen.

Entgegen der Empfehlung der Umweltministerkonferenz vom Februar 1980, bei Großfeuerungsanlagen über 175 Megawatt einen SO₂-Emissionsgrenzwert von 650 mg/m³ nicht zu überschreiten, wird der Emissionswert von Buschhaus mit 12 650 mg/m³ feucht = 16 445 mg/m³ trocken — also dem 25 fachen dieses Wertes — berechnet. Zusätzlich muß festgestellt werden, daß im Aufsichtsrat der BKB Minister Schnipkoweit sitzt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Mit welchem Anteil wird das Kraftwerk Buschhaus zur Stromerzeugung und zur SO₂-Emission in Niedersachsen beitragen?
2. Wie konnte es geschehen, daß im Falle Buschhaus es genehmigt wurde, Schwefel-Salz-Kohle ohne ein Entschwefelungsverfahren zu verstromen, obwohl diese Kohle einen Schwefelgehalt von 3,5 % gegenüber 0,3 % der rheinischen Braunkohle hat; genauer: welche gesetzlichen Sonderregelungen wurden im Genehmigungsverfahren beim Kraftwerk Buschhaus angewendet, um die maßgebende Nr. 3.1.1.4. der TA-Luft '74 („Emissionen an Schwefeldioxid im Abgas aus Feuerungsanlagen sind so weit wie möglich zu begrenzen; bei Feuerungsanlagen unter 4 TJ/h insbesondere durch Verwendung schwefelarmer Steinkohle [Massengehalt \leq 1 %]“) außer Kraft zu setzen, denn die Helmstedter Kohle hat, bezogen auf den Heizwert einer 1 % schwefelhaltigen Steinkohle, einen Schwefelgehalt von 9,3 %?
3. Warum erklärte sich Minister Schnipkoweit in seiner damaligen Doppelfunktion von Aufsichtsrat und Genehmigungsminister nicht als befangen bzw. in welcher Weise gedenken Minister Schnipkoweit und jetzt Minister Hasselmann der politischen Verantwortung gerecht zu werden, die sich aus dieser unbefriedigenden Genehmigungslage ergibt?

Mombaur
Fraktionsvorsitzender

(Ausgegeben am 26. 11. 1982)